

Bade: “Die eifrig geschürten islamophoben Verdächtigungen wachsen”

Deutsch Türkische Nachrichten | Veröffentlicht: 22.12.10, 18:29 | Aktualisiert: 23.12.10, 23:05

Klaus Bade, Vorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration im Interview zur deutschen Integrationsrealität als Erfolgsgeschichte, zum Islam als anerkannter Religionsgemeinschaft und zur Frage, wie sich die Demographie auf das künftige Bild Deutschlands auswirken wird.

Kennen Sie dieses Zitat: “Aus der ‘Gastarbeiterfrage’ ist weithin eine Einwanderungsfrage, aus dem Arbeitskräfteimport eine importierte soziale Frage geworden, die nicht einfach wieder exportiert werden kann, weil es sich hier nicht um Gebrauchsartikel handelt, sondern um Menschen“. Wissen Sie vor allem, von wann es ist?

Das ist eindeutig von mir, es gibt diverse andere Zitate inhaltlich in der Nähe, aber ich habe es noch nicht wiedergefunden, wahrscheinlich aus einem Zeitungsartikel (siehe hier, genauer hier als pdf)

Das haben Sie 1982 in einem Artikel für die „Zeit“ geschrieben, also vor fast 30 Jahren! Müssen wir angesichts der aktuellen Debatte feststellen, dass die Deutschen es nicht geschafft haben, die Migrationsthematik zu lösen?

Die “Migrationsthematik” hat ein Vorder- und eine Rückseite: Zunächst ging und geht es um Migration und Migrationspolitik, also bis vor wenigen Jahren vorwiegend um Zuwanderung und Zuwanderungspolitik. Dann ging und geht es um Integration und Integrationspolitik, also um die im weitesten Sinne gesellschaftlichen Folgen von Zuwanderung, denn Zuwanderung in großer Zahl verändert die Gesellschaft insgesamt. Diese Veränderungen aber sind auch dann noch von Bedeutung, wenn Zuwanderung in großer Zahl schon der Geschichte angehört. Das ist heute der Fall, denn wir haben de facto mehr an Abwanderung bzw. Auswanderung und dennoch haben wir immer noch mit Integration als Folge früherer Zuwanderungen zu tun. Migration und Integration sind also zwei Seiten der gleichen Medaille.

Diese Migrations- und Integrationsthematik als solche kann man nie ein für allemal “lösen”, weil sie sich auf der Zeitachse immer wieder neu stellt: Was in den frühen 1970er Jahren noch als “Lösung der Gastarbeiterfrage” diskutiert wurde, die damals oft als “Zeitbombe” umschrieben wurde, war schon in den 1980er Jahren nicht mehr zeitgemäß; denn die frühere “Gastarbeiterfrage” war da schon zu einer echten Einwanderungsfrage geworden, auch wenn Politik auf der Bundesebene das lange dementierte nach dem Tabu-Motto, daß nicht sein kann, was nicht sein darf: „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland“. Aber was man verdrängt, das kann man nicht gestalten. “Defensive Erkenntnisverweigerung” habe ich das damals genannt und vor den Folgen gewarnt.

Sie zeigten sich unverkennbar Anfang der 1990er Jahre in den nicht etwa einzigartigen, aber wegen des düsteren Schattens der deutschen Geschichte weltweit Aufsehen erregenden Exzessen auf deutschen Straßen unter dem Druck von Massenzuwanderungen von Asylsuchenden, aber auch von Aussiedlern. In den frühen

1990er Jahren wurde zögernd akzeptiert, daß die Bundesrepublik doch längst ein "Einwanderungsland" geworden war. Auch die CDU ließ 1994 zumindest den realitätsfremden Dementi-Satz in ihren Grundsatzpapieren fallen. Aber nun ging es darum, den unkontrollierbar gewordenen Zuzug auf der Grundlage des Grundrechts auf Asyl durch eine restriktive Grundgesetzänderung zu begrenzen. Das geschah dann 1993 im sog. "Asylkompromiß". Ganz anders wiederum stellte sich die Lage dar, als es Anfang des 21. Jahrhunderts, im Vorfeld des Zuwanderungsgesetzes von 2005, um eine Gesamtreform von Zuwanderungssteuerung und Migrationsverwaltung ging.

Herausforderungen durch die Themen Migration und Integration stellten sich dabei immer wieder neu.

Politik hat seit dem Anwerbestopp von 1973 im Blick auf die immer wieder vergeblich eingeforderten strategischen Konzepte für Migration und Integration auf Bundesebene jahrzehntelang "geschlafen", wie der vormalige Bundespräsident Horst Köhler 2006 zu Recht gesagt hat. Erst im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts hat Politik auch auf der Bundesebene in Sachen Migration und Integration kraftvoll Tritt gefaßt und dabei mehr getan als in den vier Jahrzehnten zuvor. Aber die Schleifspuren der integrationspolitischen Versäumnisse in den vorausgegangenen Jahrzehnten sind Zusatzbelastungen für Gegenwart und absehbare Zukunft. Die politisch Verantwortlichen dafür sind bekannt und lassen sich heute nur ungern an ihre eklatanten Fehler von gestern erinnern. Dieses Erinnern aber ist nötig, damit Fehlentwicklungen nicht als unvermeidlich-schicksalhaft mißverstanden werden, sondern als Folgen von vermeidbaren und künftig zu vermeidenden politischen Fehleinschätzungen, Fehlsteuerungen und fahrlässigen Verdrängungen.

Wie kommt es, dass in vielen Fällen das Zusammenleben verschiedener ethnischer Gruppen in Deutschland viel besser abläuft als etwa in Frankreich, dass aber die mediale Selbstreflexion Deutschland als am Rande des Kollapses beschreibt?

In Frankreich hat man in Gestalt der Banlieue-Distrikte in den 1960 und 1970er Jahren Neubausiedlungen, oft mit wenig anziehender Infrastruktur, weit vor die Großstädte gesetzt, aus denen dann schrittweise Migrantensiedlungen wurden, obwohl sie zunächst dafür gar nicht gedacht waren. Diese Siedlungen sind viel stärker durch einzelne ethnische Gruppen, insbesondere aus dem Maghreb, geprägt als die Einwandererviertel in Deutschland. Die sind, von einzelnen ethnisch relativ homogenen Siedlungskernen einmal abgesehen, insgesamt kulturell heterogen. Die erkennbare Benachteiligung der Banlieue-Bewohner, z.B. am Arbeitsmarkt, hat die soziale Spannung immer weiter erhöht, bis dann ein Zündfunken im Herbst 2005 zur Explosion dieser Spannungen genügte. Konflikte um Einwanderungs- und Integrationsfragen hatte es in Frankreich aber auch früher schon gegeben. Das ist mit der Situation in Deutschland nicht zu vergleichen. Deshalb hat damals der Berliner Integrationsbeauftragte Piening zu Recht gesagt: „Berlin ist nicht Paris!“

Integration ist in Deutschland aber auch insgesamt viel besser als ihr Ruf im Land, und zwar auch im internationalen Vergleich. Das war ein zentrales Ergebnis des Jahresgutachtens "Einwanderungsgesellschaft 2010" des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) im Mai 2010 (www.svr-migration.de). Damit erstmals verbunden war unser "Integrationsbarometer", in dem wir beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft, also Zuwandererbevolkerung und deutsche Mehrheitsbevölkerung mit den gleichen empirie-orientierten und nicht etwa nur allgemeinmeinungsbezogenen Fragen konfrontiert haben. Das Integrationsbarometer zeigte, dass im Alltag der Einwanderungsgesellschaft das gegenseitige Grundvertrauen

und auch die Sicht von Integration und Integrationspolitik auf beiden Seiten bei weitem positiver sind als dies die skandalisierende, sensationalistische und miesepetrige Berichterstattung darüber seit vielen Jahren vermuten ließ. Auch die von Politik immer wieder gezeichneten Schreckbilder und Horrorszenarien von der angeblich flächendeckend ‚gescheiterten Integration‘ waren und sind abwegige Zerrbilder, die mit der Realität so viel zu tun haben wie eine Geisterbahn. Integration ist in Deutschland vielmehr relativ gut gelungen, obgleich Politik, von der kommunalen Ebene und den Mittlerorganisationen einmal abgesehen, dabei jahrzehntelang nicht nur nicht sonderlich hilfreich, sondern zuweilen sogar ausgesprochen hinderlich war.

Die Deutschen jammern in Sachen Integration also auf sehr hohem Niveau. Fraglos gibt es Schwachstellen und spannungsgeladene Dunkelzonen der Integration, insbesondere dort, wo soziale Probleme und Integrationsprobleme sich gegenseitig verstärken. Aber das sind die auffälligen Ausnahmen, die in Wirklichkeit nur die Regel der im Großen und Ganzen friedvoll und erfolgreich verlaufenden Integration bestätigen. Das Geheimnis erfolgreicher Integration aber ist, daß sie unauffällig bleibt. Auffällig sind nur die Betriebsunfälle. Und die werden von der sensationsgierigen Desintegrationspublizistik stets aufs Neue skandalisiert nach dem bekannten Motto: Nur eine schlechte Nachricht ist eine gute Nachricht. Aber man kann das Geheimnis des ruhig fließenden Verkehrs nicht analysieren, wenn man nur auf die Verkehrsunfälle schaut.

Einer der ganz großen Konfliktherde sind die Schulen: Was wurde hier falsch gemacht, was muß hier dringend verbessert werden?

Bildung ist ein Risikogeschäft. Staat und Gesellschaft können nur Angebote machen. Ob und wie sie genutzt werden, ist Sache der Einzelnen, die auch die Verantwortung für die Folgen ihres Verhaltens tragen müssen. Voraussetzung dafür, daß das funktioniert, sind aber gleiche Chancen. Und daran fehlt es nach wie vor. Es wird zwar auf die gleiche Bewertung gleicher Leistungen geachtet. Aber es wird zu wenig auf die sozial ganz unterschiedlichen Bedingungen geachtet, unter denen diese Leistungen erbracht werden oder eben nicht erbracht werden können. Das gilt z.B. wenn die Eltern kein Deutsch können und den Kindern auch darüber hinaus nicht das mitgeben können, was diese für einen erfolgreichen und ihren Begabungen entsprechenden Schulbesuch mitbringen müssen. Die Förderung im Vorschul- und im frühkindlichen Bereich ist aber noch bei weitem nicht hinreichend. Vieles hat sich in den letzten Jahren verbessert, aber nach wie vor gilt: Von gleichen Bildungschancen oder gar Bildungserfolgen von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund kann noch immer nicht die Rede sein.

Zum Hintergrund zählt ein weiteres Dilemma: Nach dem SVR-Integrationsbarometer befürworten Eltern aus Mehrheits- wie Zuwandererbevolkerung zwar durchweg Gleichberechtigung bei den Bildungschancen und auch die Erziehung in heterogenen Schulklassen. Sie haben aber meist eine negative Einschätzung der Leistungsfähigkeit von Schulen mit ethnisch heterogener Schülerschaft; denn sie bringen ethnisch stark heterogene Schulen, oft nicht zu Unrecht, vor allem mit sozial schwachen Elternhäusern in Verbindung. Deshalb wollen sie für die eigenen Kinder nicht das "Risiko" ethnisch gemischter Schulklassen eingehen. Das gilt nicht nur für bildungsorientierte Eltern aus der Mehrheitsbevölkerung, sondern auch für Aufsteigerhaushalte mit Migrationshintergrund. Sie ziehen weg, um ihre Kinder in einer ‚besseren‘ Schule anmelden zu können. Dieses – verständliche – Verhalten von Eltern verschärft noch die Probleme vor Ort.

Forderungen nach einem Umbau des Bildungssystems zugunsten von Chancengleichheit prallen also bei wachsender Heterogenität an der Abwehrhaltung von

bildungsorientierten Eltern ab. Solange sich die Einschätzung hält, dass Heterogenität der Schülerschaft und Leistungsfähigkeit der Schule weitgehend unvereinbar sind, wird sich die soziale Segregation im Bildungswesen nicht wirksam bekämpfen lassen. Dieses Dilemma kann man nur begrenzen, wenn sich durch innovatives Engagement, durch konzeptionelle, personelle und materielle Investitionen in heterogene Schulen deren Attraktivität erhöht.

Durch den 11. September 2001 ist der Islam weltweit schlagartig mit bösartigstem Terrorismus in Verbindung gebracht worden. In Deutschland hat sich dieses Thema besonders gehalten, weil einige der Terroristen lange und unbehelligt hier gelebt haben. Wo ist ein Hebel, damit die Auseinandersetzung mit dem Islam entgiftet wird?

Es gibt in Deutschland eine sich anti-islamistisch gerierende, in Wahrheit aber anti-islamische Strömung, deren publizistische Meinungsführer sehr einträglich von der ständigen Beschwörung einer angeblichen Bedrohung durch "den Islam" leben. Gegenüber diesen Denunziationskampagnen wissen viele Meinungsführer auf der muslimischen Seite gar nicht mehr, was sie tun sollen: Positionieren sie sich öffentlich, wird ihnen aggressiver Drang zu "Missionierung" zu "Unterwanderung" oder "Überfremdung" unterstellt. Ziehen sie sich zurück, wird von "Parallelgesellschaften" geredet. So macht man Integrationsbereitschaft kaputt.

Man muß dieses undifferenzierte Islam-Feindbild auflösen: Nicht "der Islam" ist eine Bedrohung. Er ist vielmehr eine mehrheitlich friedvolle, aus vielen unterschiedlichen Strömungen und Lehrtraditionen bestehende religiöse Weltdeutung, jedenfalls was die aus dem türkischen-islamischen Zusammenhang stammenden Lehrtraditionen angeht, die in Deutschland dominieren. Zweifelsohne gibt es fundamentalistische Strömungen, die die Heiligen Schriften eins zu eins übernehmen und umsetzen wollen. Aber es gibt ja schließlich auch christlich-fundamentalistische Sekten, die außer der Wort für Wort zu lebenden Bibel kein anderes Buch akzeptieren wollen. Sicher gibt es im Koran einzelne, immer wieder vorgeführte martialische Suren, aber das Alte Testament ist in manchen Stellen auch nicht gerade eine kuschelige Erzählung. In das Feindbild der zivilisierten Welt gehören, wenn schon, aggressive fundamentalistisch-islamistische Strömungen, die sich zu Unrecht auf angebliche Botschaften des bei uns verbreiteten Islams zur Zwangsmissionierung der ganzen Welt und zum Kampf gegen alles "Ungläubige" und "Westliche" berufen. Aber man darf die Ausnahme nicht zur Regel erklären. Niemand würde doch in Deutschland "die katholische Kirche" in die Verantwortung rufen und pauschal als potentiell terroristisch denunzieren, wenn die IRA in Nordirland mal wieder einmal eine Bombe zündet.

Wir messen – aus verstehbaren historischen Gründen – in Deutschland überdies mit zweierlei Maß: Die eifrig geschürten islamophoben bzw. islamophagen Verdächtigungen wachsen. Sie setzen sich zunehmend auch in aggressives Verhalten um – und hinterher will es bestimmt wieder keiner gewesen sein. In der letzten Zeit wurden allein in Berlin rund ein halbes Dutzend Anschläge auf Moscheen gezählt. Man stelle sich vor, es hätte sich dabei um Anschläge auf Synagogen gehandelt. Als Thilo Sarrazin in seinem Buch von der genetisch mangelhaften Intelligenzausstattung "der Muslime" schrieb, wurde das zwar mit einiger Irritation zur Kenntnis genommen, aber beschwichtigt und sogar zum Anlaß genommen für eine umfängliche Diskussion um Fragen der Vererbbarkeit von Intelligenz nach dem Motto "Man wird doch wohl noch sagen dürfen...". Als Sarrazin dann aber eher beiläufig einmal von „jüdischen Genen“ sprach, brach sofort die Hölle los. Die Rede von "Muslimgenen" ist aber ebenso ethno-biologistisch absurd und aggressiv wie diejenige vom "Judengenen", auch wenn man in Deutschland, dem Land des staatlich

organisierten Massenmords an den Juden Europas, allen Anlaß hat, gerade im Blick auf jedwede Form von Antisemitismus besonders hellhörig zu sein.

Auch nach 9/11 gibt es immer wieder neue Vorwürfe, etwa, der Islam sehe den Mord als eine Art religiöser Handlung vor. Verstehen die Deutschen den Islam zu wenig, oder versteckt sich hinter dieser Religion doch mehr als nur eine, die in Lessings "Nathan" eine Hauptrolle in einem aufgeklärten-toleranten Terzett spielt?

"Der" Islam ist in der Tat nicht leicht zu verstehen, offenkundig aber auch bei nicht wenigen Muslimen selbst: Manche haben vielleicht diverse für das alltägliche Leben hilfreiche Suren im Kopf, kennen den Koran insgesamt aber gar nicht, weil er in arabischer Schrift geschrieben ist. Manche kennen ihn nur aus dem, was der Imam ihnen darüber berichtet. Nicht wenige sprechen auch das Freitagsgebet in der Moschee eher lautierend nach, ohne genau den Sinn zu verstehen, ganz so wie das früher bei vielen Katholiken der Fall war, die auswendig gelernte lateinische Formeln beteten, ohne des Lateinischen mächtig zu sein. Viele gehen nicht einmal zu dem an sich verpflichtenden gemeinsamen Freitagsgebet in die Moschee. "Der Islam" ist also in Deutschland ebenso eine kommunikative Karikatur wie "der Muslim". Man muß mehr differenzieren und genauer hinsehen, dann entdeckt man überrascht die Wirklichkeit einer ganz "normalen" Welt.

Es wird oft gesagt, daß der Islam im Gegensatz zum Christentum die Säkularisierung noch vor sich habe. Die einen fragen dann, ob er sie aushalten kann, ohne sich in inneren Konflikten zu verzehren. Andere meinen, daß er dazu ganz unfähig sei. Beides ist falsch, denn es geht nicht um eine Art nachholende Säkularisierung. Es geht um das Ankommen in säkularen Gesellschaften, auch unter dem Druck, von der persönlichen Glaubenswelt mit ihren religiös-spirituellen Lebens- und Jenseitsbezügen abgesehen, auch wissenschaftlich-rationale Zugänge zu Religion und Religionsgeschichte zu akzeptieren und damit eine Brücke zu bauen zwischen Spiritualität und Moderne.

Für "Nathan" steht, wenn man so will, in der modernen Türkei, aber auch von Nordamerika über Südamerika bis nach Afrika und Asien ausgreifend die einerseits hochmoderne, andererseits in ihren Glaubensbezügen durchaus metaphysische sog. "Gülen-Bewegung". Sie beruft sich – in ihrer Namensgebung durchaus gegen seinen Willen – auf den türkischen Intellektuellen, Schriftsteller und Prediger Fetullah Gülen, der heute in den USA lebt. Es ist eine gewaltige, Millionen Anhänger zählende Bildungsbewegung mit eigenen Universitäten, vielen Dutzenden von Schulen und zahllosen Nachhilfezentren, deren Einrichtungen in Istanbul ich mir unlängst einmal angesehen habe. Diese Bildungseinrichtungen berufen sich zwar immer wieder auf Gülen, arbeiten aber, nur zum Teil über eine zentrale Stiftung finanziert, weitgehend autonom und folgen dem berühmten Gülen-Motto: „Baut nicht mehr Moscheen. Davon haben wir genug. Baut Schulen!“ Gülen war auch der erste, der den Terror-Anschlag vom 9/11 in einer in der islamischen Welt Aufsehen erregenden Erklärung ächtete. Und einer seiner wichtigsten Vertreter in Deutschland, der Berliner Soziologe und Stadtplaner Ercan Karakoyun, erklärt: „Die Demokratie ist nicht ein System, daß gestürzt werden muß, sondern die sich vielfach bewährende Regierungsform. Terror und Gewalt sind keine Grundzüge des Islam, sondern diesen entgegengesetzt. Bin Laden ist keine Held, sondern ein Verbrecher.“ (*Karakoyun ist einer der Herausgeber der Deutsch Türkischen Nachrichten, Anm. der Redaktion*)

Außerdem deutet vieles darauf hin, daß sich die vermeintliche nachholende Säkularisierung, die "dem Islam" insgesamt immer wieder abverlangt wird, in den

Köpfen der vielen einzelnen Muslime – wir haben mehr als vier Millionen davon in Deutschland, von denen rund die Hälfte deutsche Staatsbürger sind – längst ganz anders vollzogen hat. Und zwar im Sinne einer pragmatischen Modernisierung: Wir haben seit langem in Deutschland lebende oder sogar hier geborenen Muslime gefragt, was für sie am wichtigsten ist. Sie sprechen dann von einer möglichst guten Bildung und Ausbildung für ihre Kinder, von gleichen Chancen am Arbeitsmarkt, von einer guten Wohnung in angenehmer Nachbarschaft, vom Wunsch nach Anerkennung als gleichrangige Bürger u.a.m. – und keineswegs in erster Linie davon, daß die Moschee höhere Minarette braucht. Manche wissen kaum, wie die für sie zuständige Moschee von innen aussieht. Das erinnert an Christen, die auf die Frage, ob sie in die Kirche gehen, antworten: "Ja, wenn es sich kunsthistorisch lohnt."

Wir haben in Deutschland erste Versucher einer Ausbildung von muslimischen-Religionslehrern unter staatlicher Aufsicht, z.B. an der Universität Osnabrück. Kann das funktionieren? Imam Altinen aus Osnabrück hat bereits in einem Artikel gesagt, keine Gemeinde werde jemals einen staatlich ausgebildeten Imam akzeptieren – so wie die Katholiken auch keinen Priester akzeptieren würden, der vom deutschen Staat ausgebildet wird. Kann dieses Modell funktionieren?

Ich bin selber in den Anfängen an der Entwicklung des Osnabrücker Modells beteiligt gewesen, weil es ursprünglich von dem von mir dort gegründeten Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Beziehungen (IMIS) ausging. Wir hatten anfangs viel mehr vor: Die Ausbildung sollte zum Teil auch an einer theologischen Hochschule eines islamischen Landes erfolgen, aber dann in Deutschland abgeschlossen werden. Das wurde letztlich zu kompliziert und zu teuer. So ist nach langen Verhandlungen, an denen anfangs auch die höchste islamisch-staatliche Autorität der Türkei, Bardakoglu (Dianet), beteiligt war, nach meiner Zeit in Osnabrück ein stark verkürzter Studiengang entstanden, der ja schließlich auch in die modulierten deutschen Studienmodelle passen mußte.

Aber was hier dem Osnabrücker Imam zugeschrieben wird, ist sicher ein doppeltes Mißverständnis, aus mehreren Gründen: Zunächst einmal ist eine Religionslehrer-Ausbildung nicht zu verwechseln mit einer Imam-Ausbildung. Islam-Lehrer werden auch nicht von staatlichen Behörden ausgebildet, sondern von akademischen Lehrern an einer theologischen Fakultät, die ihrerseits staatlicher Aufsicht unterliegt, ganz so wie etwa die Ausbildung von evangelischen oder katholischen Religionslehrern auch. Über theologische Lehrinhalte wird mit der islamischen Seite durchaus geredet, was freilich viel leichter wäre, wenn die islamischen Gesprächspartner Vertreter einer staatlich anerkannte Glaubensgemeinschaft wären, was sie aber nach wie vor nicht sind. Und schließlich wäre es doch sehr merkwürdig, wenn ausgerechnet von islamisch-türkischer Seite in Deutschland absolute Staatsferne im Religionsunterricht eingeklagt würde, obgleich doch die Dianet, also die oberste türkische Religionsbehörde, eine staatliche Institution ist.

Das Grundgesetz sieht keine religiösen Bevorzugungen vor. Was müssen die Muslime in Deutschland liefern, damit sie als Religionsgemeinschaft anerkannt werden können?

Das ist eine nicht unkomplizierte Frage des Kirchenverfassungsrechts, auch Religions- und Staatkirchenrecht genannt. Das Kernproblem liegt darin, dass der Islam in sich bei weitem vielgestaltiger ist als die christliche Kirche mit ihren verschiedenen Konfessionen. Stark vereinfacht heißt die Lösung: Die Muslime müssen versuchen, sich selbst in

Religionsgemeinschaften zu organisieren, die mit einer Stimme oder doch zumindest mit einigen Stimmen reden können, die also Gremien haben, die die verbindliche Ansprechpartner des Staates sind. Das haben z.B. die Alewiten in NRW schon geschafft. Sie sind eine in ihren Lebensformen moderne und liberale muslimische Glaubensrichtung mit in Deutschland insgesamt Hunderttausenden von Mitgliedern, die aber von manchen anderen, insbesondere konservativen muslimischen Strömungen als liberalistische Sektierer attackiert werden.

Sehen Sie Ansätze bei den deutschen Muslimen in diese Richtung?

Es gibt den 2007 zusammengetretenen Koordinationsrat der Muslime in Deutschland, der auch eine Antwort auf die 2006 von Bundesinnenminister Schäuble einberufene Islam-Konferenz war, zu der "Vertreter der Muslime" einzuladen waren. Der Koordinationsrat besteht aus verschiedenen Religionsverbänden, von denen die DITIB (Dianet) der größte ist. Der Koordinationsrat umfaßt die eher konservativen und strenggläubigen Verbände, die ihrerseits wiederum nur einen Teil der Muslime in Deutschland repräsentieren. Die Stärke dieser Repräsentativität ist je nach Position und Perspektive umstritten. Auf staatlicher Seite wird, gestützt auf wissenschaftliche Untersuchungen, von nur 15- 20 Prozent der Muslime gesprochen. Die im Koordinationsrat vereinten Verbände schätzen diesen Anteil deutlich höher ein oder beteiligen sich auch gar nicht an solchen Rechenspielen, die schon deshalb wenig aussagekräftig sind, weil eben keineswegs alle in der Statistik als solche ausgewiesenen Muslime regelmäßig ihren Glauben praktizieren oder gar strenggläubig sind .

Welche Vor- und welche Nachteile hätte der Islam, wenn er eine anerkannte Religionsgemeinschaft wäre?

Der einzige Nachteil für den Islam in Deutschland wäre, daß die Muslime erkennen und akzeptieren müssten, daß es wohl eine sehr große Zahl von bloßen "Kartei-Muslimen" gibt, die ihren Glauben zwar bei der Anmeldung angeben, aber im Lebensalltag gar nicht praktizieren. Ansonsten gibt es für den Islam im Grunde nur Vorteile. Deshalb streben die muslimischen Verbände, die zumeist nur eingetragene Vereine (e.V.) sind, ja auch nach der Anerkennung als Religionsgemeinschaften im Sinne des Grundgesetzes. Sie können dann z.B. als Körperschaften des öffentlichen Rechts Kirchensteuern von ihren Mitgliedern erheben und sogar den Staat zu beauftragen dies für sie zu tun über die Landesfinanzbehörden, vor Ort also die Finanzämter. Sie genießen auch andere Vorteile z.B. Steuer-, Gebühren- und Kostenbefreiungen. Sie können die Rechtsstellung ihrer Bediensteten privatrechtlich oder öffentlich-rechtlich gestalten. Religionsgemeinschaften haben gegenüber dem jeweiligen Bundesland unter bestimmten Voraussetzungen auch einen Rechtsanspruch auf Einrichtung von religiösem Bekenntnisunterricht. Das geschieht dann unter staatlicher Schulaufsicht, aber in einer Kooperation mit den Religionsgemeinschaften, die deren religiöse Grundsätze berücksichtigt. Wäre dies also in Niedersachsen der Fall, dann hätte auch der Osnabrücker Imam keinen Grund zur Sorge.

Die Anerkennung einer religiösen Vereinigung als Religionsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes und damit als Körperschaft des öffentlichen Rechts ist Ländersache; denn die Bundesländer sind in erster Linie für die Kultusangelegenheiten und damit auch das Staatskirchenrecht zuständig. Die Länder dürfen diesen Status nur an Gemeinschaften verleihen, die die Gewähr eines dauerhaften Bestands bieten.

Vorausgesetzt werden dazu meist eine eigene rechtliche Verfassung, eine Mindestzahl von Mitgliedern, eine hinreichende finanzielle Ausstattung und eine Bestandszeit von in der Regel 30 Jahren im Land. Das ist also alles nicht so einfach.

Welche Vor- und welche Nachteile hätte Deutschland, wenn der Islam eine anerkannte Religionsgemeinschaft wäre?

Das wäre ein Schritt weiter zur Akzeptanz der Realitäten in der Einwanderungsgesellschaft, von der auch Bundespräsident Christian Wulff in seiner richtungweisenden Rede vom 3. Oktober 2010 gesprochen hat; denn immerhin ist der Islam nach dem Christentum und weit vor dem Judentum die zweitgrößte Religion in Deutschland. Für die Einwanderungsgesellschaft hätte das den Vorteil einer "Normalisierung", die der Desintegrationspublizistik ein Stück weit den Boden entziehen würde durch eine anerkannte, offene und für alle zugängliche religiöse Alltagswelt, so normal eben wie diejenige der christlichen Konfessionen auch. Deutschland hätte im Übrigen keine Nachteile, abgesehen von den zu beanspruchenden Leistungen des Staates. Die würden aber dadurch aufgewogen, daß der Staat einen Überblick über das Wirken der Religionsgemeinschaften auf seinem Territorium hat und ihnen zugleich heraushilft aus der untergeordneten Stellung gegenüber anderen und insbesondere den christlichen Religionsgemeinschaften.

Welche Rolle spielt in der Entwicklung der demografische Faktor? In schon sehr kurzer Zeit werden die jungen Türken in Deutschland eine nicht mehr zu übersehende Kraft sein. Erwarten Sie da auch eine stärkere Politisierung, oder werden die türkisch-stämmigen Deutschen in den traditionellen Parteien aufgehen?

Die "jungen Türken", die übrigens zumeist deutsche Staatsbürger sind und dies auch bleiben, wenn sie sich spätestens bis zum 23. Lebensjahr dafür entscheiden, sind heute schon nur noch von Blinden zu übersehen. Der Anteil der jungen Einwanderer der zweiten und dritten Generation mit türkischstämmigem Migrationshintergrund wächst im Vergleich zu den jungen Deutschen ohne Migrationshintergrund. Aber die kinderreiche türkische Familie in Deutschland gehört der Vergangenheit an. Die Geburtenkurve paßt sich schrittweise derjenigen der deutschen Mehrheitsgesellschaft an. Bislang sind auch keine "türkischen" Einwandererparteien in Deutschland in Sicht. Sie hätten auch wenig Chancen. Es ist davon auszugehen, daß auch die Deutsch-Türken die traditionellen Parteien bevorzugen, weil die einfach stärker sind. Wenn die Zahl der Einbürgerungen und damit das Gewicht der "Migrationshintergründe" an den Wahlurnen wächst, wird sich Politik ohnehin immer "migrantenfreundlicher" gerieren.

Möglicherweise lösen sich alle Probleme durch wirtschaftlichen Druck – kann die deutsche Wirtschaft ohne einen signifikanten Migrationsschub weiter erfolgreich sein?

Wenn nicht alle Modellrechnungen täuschen und wenn nicht eine neue Finanz- oder Wirtschaftskrise wieder vieles zunichtemacht, kann in Deutschland schon im Jahr 2015, also in vier Jahren, mit einem Arbeitskräftemangel von bis zu 3 Millionen gerechnet werden, also annähernd so viel, wie es heute Arbeitslose gibt. Das hat vor allem mit dem beschleunigten demographischen Wandel, aber auch mit den anfangs angesprochenen Migrationsverhältnissen zu tun: Es gibt einen zunehmend negativen Wanderungssaldo. Mehr Menschen ohne und mit Migrationshintergrund verlassen Deutschland als neue Zuwanderer nach Deutschland kommen. Mehr noch, es gibt auch einen qualitativ negativen Wanderungssaldo für Deutschland: Vieles spricht dafür, dass das Qualifikationsniveau der ab- und auswandernden Deutschen, aber auch der neuen Elite aus den Nachfahren der ehemaligen Gastarbeiterbevölkerung höher ist als dasjenige der Zuwandererbevolkerung in Deutschland, vielleicht sogar als dasjenige der in Deutschland lebenden Bevölkerung insgesamt. Unser Bildungssystem ist in der Spitze hervorragend,

deshalb werden unsere Leute ja auch im Ausland mit Kußhand genommen. Aber es ist aus den genannten Gründen nicht durchlässig genug für die von unten nachwachsenden Begabungen. Umso mehr sind wir neben einer Qualifikationsoffensive im Innern auch auf gezielt zugelassene Zuwanderung von außen angewiesen.

Prof. Dr. Klaus J. Bade ist Vorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Er lehrte bis 2007 Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück, gründete dort das ‚Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien‘ (IMIS) und lebt heute in Berlin.

Quelle: <http://www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de/2010/12/5958/die-eifrig-geschurten-islamophoben-verdachtigungen-wachsen/>; Stand: 26.4.2015.